

Landesbasiskonferenz

Was tun? Zu den Ergebnissen und Diskussionen auf der Landesbasiskonferenz in Grevesmühlen

Es waren nicht viele Mitglieder unserer Partei, die es am 21. März in die Malzfabrik nach Grevesmühlen verschlug. Weniger als 60 Genossinnen und Genossen folgten der Einladung der Landesarbeitsgemeinschaft „Innerparteiliche Kommunikation“, der es an diesem Samstag um die Handlungsfähigkeit und Ausstrahlungskraft unseres Landesverbandes ging. Hierzu sollte sich die versammelte Basis auch über kommunikative Leitlinien austauschen, um den innerparteilichen Meinungsstreit sachlich und lösungsorientiert zu führen.

Ob dies weiterhin mit dem derzeitigen Format der Landesbasiskonferenzen gelingen kann, scheint fraglich, da die geringe Teilnahme den Willen zu weniger

Mitglieder widerspiegelt und die Form sich abwechselnder Vorträge wenig Raum für Diskussionen öffnet. So gestaltete sich auch die Auswertung der Umfrage zum Kommunikationskonzept auf Grund zu geringer Beteiligung der Mitglieder als schwierig, da nur wenige Umfragebögen im gesamten Landesverband ausgefüllt



worden waren.

Trotz dieser anfänglichen Ernüchterung, versprochen einige Diskussionsbeiträge interessante Gedanken, aber auch Kontroverses. Die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm sprach sich dabei für eine stärkere

Nutzung der sogenannten neuen Medien aus. Viele ältere Genossinnen und Genossen könnten mit der Erstellung einer Email-Adresse mehr am innerparteilichen Diskussionsprozess teilnehmen; Heidi hob in diesem Punkt die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft „Senioren“ im Kreisverband Rostock hervor.

Die Erlebbarkeit der Linken mitsamt ihrer Themen und Lösungsvorschlägen stand dabei im weiteren Verlauf im Mittelpunkt der Diskussion. Wie gelingt es uns mit linker Politik möglichst viele Menschen zu erreichen? Wo liegen die Motive für den um sich greifenden Verdruss vor Parteien und demokratischer Willensbildung? Sind es nicht eher konkrete Lösungsansätze, die unsere Politik im eigenen Dorf oder der Stadt erlebbar machten und zeigten, dass DIE LINKE nah an der Wirklichkeit ist?

Fortsetzung auf S. 3



In Grevesmühlen fand eine Landesbasiskonferenz statt
Mehr dazu auf Seite 4



Landtagsabgeordnete informieren sich vor Ort
Mehr dazu auf Seite 6



Ein Überraschungsgast auf der Frauentagsfeier in Rostock
Mehr dazu auf Seite 13

In dieser Ausgabe

Seite 2: Filmabend Lichtenhagen
Seite 3: Landesbasiskonferenz
Seite 4: Volkstheater
Seite 5: Politische Bildung
Seite 6: MdL vor Ort
Seite 7: TRADI Sanitz
Seite 8: Wohngeldreform

Seite 9: Kreisvorstandsklausur
Seite 10-11: Peter Ritter
Seite 12-13: Kurt Kaiser
Seite 13: Frauentag in Rostock
Seite 14: Heidi Bluhm unterwegs
Seite 15: Veranstaltungen
Seite 16: Mietpreisbremse

Wenn auf der Landesbasiskonferenz die Basis in der Minderzahl ist, sind wir froh, dass ein Mitglied des Landesvorstandes über die Veranstaltung berichtet (S. 1). Sonst säßen wir wohl auf dem Trockenen, und unsere Leser auch. Die Organisatoren kommen wohl um eine Diskussion über die Zukunft der Veranstaltung nicht herum. Schade eigentlich!

Ausführlich berichten wir auch über kommunalpolitische Themen, die in Zukunft in unserer Mitgliederzeitung einen noch größeren Stellenwert erhalten sollen. Schließlich ist es gerade die Politik vor der Haustür, über die wir als Partei wahrgenommen werden. Wollt Ihr andere Schwerpunkte in der KLARTEXT-Berichterstattung? Dann beteiligt Euch an der Umfrage, die wir



demnächst in dieser Zeitung durchführen wollen.

Besonders ans Herz legen möchten wir Euch den Artikel über die Veranstaltung zum Thema PEGIDA & AfD (S. 10/11).

Gleich darunter findet Ihr eine Anregung, wie man den dumpfen Parolen auf Kosten der Schwächsten Widerstand entgegensetzen kann. Eine tolle Initiative!

Die Erinnerungen an die Befreiung vom Faschismus sind wachzuhalten, mahnt unser Autor Kurt Kaiser. Wir sehen uns auf den Veranstaltungen zum 8. Mai!

Wie immer vielen Dank an die Autoren dieser

Ausgabe! Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

Phillip Bock, ebenfalls Vorsitzender der Hochschulgruppe, ergänzt: „Hinzu kommt, dass auf der Anhörung vor dem Finanzausschuss in der vergangenen Woche ausdrücklich festgestellt wurde, dass allein die Freigabe der BAföG-Mittel definitiv nicht ausreichend ist, um die finanziellen Löcher in den Haushalten der Hochschulen zu stopfen. Minister Brodtkorb zieht

sich nun ganz geschickt aus der Affäre und spielt die Sache zu einem „großen Wurf“ auf. Dennoch bleibt es weiterhin nicht hinnehmbar, dass die Landesregierung keinen weiteren Handlungsbedarf sieht, um die Grundfinanzierung der Hochschulen zu erhöhen. Dies ist aber dringend nötig und auf lange Sicht nicht vermeidbar, weil sich die strukturelle Unterfinanzierung dadurch noch verfestigt. Was wir nun haben ist viel

eher ein Sahnehäubchen ohne Torte, als ein „großer Wurf“.

Volles Haus beim Filmabend „Lichtenhagen 92“

Am 04. März fand ein Filmabend der linksjugend [solid] Rostock unter dem Motto „Lichtenhagen 92“ in der Geschäftsstelle der Partei statt. Aus Anlass des Kinoerfolgs „Wir sind jung. Wir sind stark.“ wollte sich die Veranstaltung abseits von Spielfilmen ein Bild von den Ereignissen und Hintergründen der Pogrome in Rostock-Lichtenhagen machen.

Die Veranstaltung begann pünktlich kurz nach halb sieben. Der Raum war gefüllt mit Mitgliedern und jungen Sympathisant*innen, aber auch ältere Menschen kamen und interessierten sich für das Thema.

Nach einer kurzen Einführung zu den Hintergründen und der Entstehung des Films „The truth lies in Rostock“ ging das Licht aus und der Film begann. Eindrucksvolle Interviews mit den Betroffenen und fassungslos machende Statements der damaligen Verwaltung und Politik machen den Film auch heute noch zu einem wertvollen Dokument der Zeitgeschichte.

In der anschließenden Diskussion wurden die Parallelen zur aktuellen Politik mehr als deutlich. Der Unwillen der etablierten Politik, rassistischer Stimmungsmache wirksam entgegenzutreten, zeigt sich nicht nur in den Erfolgen der PEGIDA-Bewegung oder den Wahlerfolgen der AfD, sondern auch in der rasant steigenden Zahl von Übergriffen auf Geflüchtete und deren Unterbringungen.

Die Veranstaltung kann nur als Erfolg gesehen werden. Trotz einer verhältnismäßig begrenzten Bekanntmachung kam es zu einem intensiven Gedankenaustausch. Gleichzeitig konnten Menschen für ein Thema sensibilisiert werden, das auf den ersten Blick weit weg scheint, tatsächlich jedoch ganz nahe liegt.

Wer nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte, sich den Film aber dennoch angucken möchte, kann dies auf der Internetseite der linksjugend [solid] Rostock unter <http://solidrostock.blogspot.de/> tun.

Nico Burmeister

KLARTEXT online

Sahnehäubchen ohne Torte

Am 10. März 2015 verkündete der Bildungsminister Mathias Brodtkorb, dass rund 20 Millionen Euro aus den freigewordenen BAföG-Mitteln an die Hochschulen im Land fließen sollen.

Dazu Sophie Marschner, Vorsitzende der Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS Rostock, wie folgt: „Diese Entscheidung, so lobenswert sie auch ist, war mehr als überfällig. Darüber hinaus bleibt auch an dieser Entscheidung genug zu kritisieren. So schreibt das Bildungsministerium vor, wie die Mittel verwendet werden sollen, anstatt dies den Hochschulen im Land zu überlassen, die selber am besten wissen wo Investitionen getätigt und Personal neu eingestellt werden muss.“



Landesbasiskonferenz (Fortsetzung)

Fortsetzung von S. 1

Alle diese Fragen zeigten, wie diskussionsfreudig unsere Partei in der Sache sein kann. Flankiert wurden diese Zukunftsthemen vom Einwurf einiger Genossinnen und Genossen, die die Frage nach einer Beschneidung demokratischer Rechte für ehrenamtliche Funktionsträger und hauptamtliche Mitarbeiter stellten. Ob jedoch ein Ausschluss einiger weniger Mitglieder bei der Willensbildung ein Gewinn für die gesamte Partei sein könnte, musste eher negativ beschieden werden, da gerade Offenheit und Chancengleichheit die Rechte aller Mitglieder sichern. Es bleibt daher spannend, in wie weit sich die Beteiligung und Teilhabe der Basis weiter steigern lässt, auch weil der innerparteiliche Umgang miteinander Vorbild und Spiegel für linke Politik sein müssen.

Text: Sandro Smolka, Fotos: www.orginalsozial.de

Abschlussklärung der Landesbasiskonferenz am 21.03.2015 in Grevesmühlen

In der vor uns liegenden Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben, gegen Kinderarmut, aber auch in unserem Auftreten gegen Aufrüstung und Militarisierung der Politik, gegen Fremdenfeindlichkeit und rechten Populismus werden wir dann Erfolge erreichen, wenn unsere Partei die Köpfe und Herzen vieler Menschen erreicht, vor allem jener, die von prekärer



Jürgen Kalkbrenner von der LAG Innerparteiliche Kommunikation

Arbeit und prekärem Leben besonders betroffen sind.

Die Handlungsfähigkeit und Ausstrahlungskraft unserer Partei hängt nicht allein vom Handeln der Vorstände und Fraktionen ab, sondern vor allem von der Verankerung in den Städten und Gemeinden, in Verbänden und Vereinen und im Alltag durch den Einsatz aller Mitglieder entsprechend ihrer Kräfte.

Voraussetzung für aktives überzeugendes Auftreten der Mitglieder unserer Partei in ihren Lebens- und Tätigkeitsbereichen ist die Verständigung über die für die nächste Zeit gestellten Ziele und über die gemeinsame Strategie zur Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben durch sachliche Diskussion und Argumentation.

Wir fordern die Vorstände aller Ebenen auf, Diskussionen zu organisieren, wir fordern alle Mitglieder auf, sich aktiv daran zu beteiligen. Wir können auf gute politische Kenntnisse aufbauen, aber für ständig neu entstehende Probleme der Gegenwart sind auch neue präzise Analysen notwendig. Meinungsaustausch und konstruktiver

Meinungsstreit werden zu neuen Lösungen und zu gemeinsamem Handeln führen.

Langfristig erfolgreiches Wirken unserer Partei macht eine Weiterentwicklung des innerparteilichen Lebens notwendig. Nur durch ein Parteileben, das links denkende Menschen zum Mitmachen motiviert, können Mitglieder auf Dauer gehalten, neue Sympathisanten und schließlich auch neue Mitglieder gewonnen werden. Vor allem auch jugendgerechte Organisations- und Tätigkeitsformen sind nötig.

Das bedeutet unter anderem:

- flache Hierarchien,
- Einbeziehung aller aktiven und interessierten Mitglieder in Entscheidungsfindungen,
- Verringerung des Zeitaufwandes für formal gebundene Entscheidungen in Mitglieder- und Gremienversammlungen zu Gunsten der Zeit für offenen Meinungsaustausch.

Mit diesem Ziel sollte auch die Fortschreibung von Satzungen in Angriff genommen werden.

Der 5. Landesparteitag im November steht bevor. Die Teilnehmer der Landesbasiskonferenz rufen alle Gliederungen und alle Mitglieder auf, in die Vorbereitung die Diskussion kreativer Lösungen einzubeziehen, die die Kraft und die Attraktivität unseres Landesverbandes steigern können. Sprecht mit den zu wählenden Delegierten über eure Vorschläge, erteilt ihnen Aufträge, sie auf dem Parteitag zu vertreten.

Pressemitteilung DIE LINKE. Rostock: Echte Bürgerbeteiligung durchsetzen!

Auf der Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft am 25.3. befand sich eine Information der Verwaltung, die Stellung zu einem Antrag der LINKEN nimmt. Dabei geht es um die bisherigen Verfahren der Bürgerbeteiligung zur Gestaltung der Mittelmole.

„Unser Ziel ist, die bestehende Bürgerbeteiligung noch weiter zu entwickeln“, so Ellen Fiedelmeier (LINKE), Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung. „Durch frühzeitige und umfangreiche Bürgerbeteiligung können Kosten und Zeit gespart werden. Das bestätigt nun auch die Verwaltung.“

„Der Fall Mittelmole bietet die Chance, neue Wege zu gehen und neue Ansätze auszuprobieren. Es ist für alle ein intensiver Prozess, Verfahren der Betei-

ligung weiterzuentwickeln“, so Fiedelmeier. Die Verwaltung stellt zudem fest, mehrstufige Bürgerbeteiligung ist mit den vorhandenen Ressourcen weitgehend machbar, dennoch gibt es Bedarfe, das eigene Personal zu schulen und zusätzlich personelle Ressourcen aufzustocken.

„Es geht auch um Sprache, denn Planungsinhalte und Fachbegriffe sollten verständlich aufbereitet werden. Außerdem ist die Information der Bürger über den aktuellen Stand aller Planungen ein Anfang, aber genauso wichtig sind auch Infos darüber, wie es weitergeht und an welcher Stelle man sich zukünftig noch einbringen kann“, sagt Fiedelmeier. Ein zusätzlicher Aspekt ist das Einbinden von Bürgerinitiativen: „Meistens bilden sich Bewegungen gegen etwas. Wir wollen aber darüber reden, wie Bürgerinitiativen bereits während der frühen Planungsphasen beteiligt werden können.“



Zur Theaterdiskussion

Rotfeder und die Spielverderber
Der Zyniker Stalin spottete: „In Deutschland kann es keine Revolution geben, weil man dazu den Rasen betreten müsste.“ In Deutschland gelten nämlich Regeln, und wer die Spielregeln verletzt, stellt sich ins Abseits. In Deutschland muss man vorsichtig, kulturvoll und zur rechten Zeit demonstrieren, und zwar mit friedlichen Kundgebungen, Plakaten und Kerzen.

Was aber, wenn die demokratisch gewählten Volksvertreter sich nicht darum kümmern und das kulturelle Erbe Stück für Stück vernichten, also die Axt an die Wurzel der Menschlichkeit legen?

Kennedy meinte: „Wer eine friedliche Revolution unmöglich macht, macht eine gewaltsame unvermeidbar.“, und auch Goethe erklärte: „Auch war ich vollkommen überzeugt, dass irgendeine große Revolution nie Schuld des Volkes ist, sondern der Regierung.“ Und: „Ich hasse jeden gewaltsamen Umsturz, weil dabei ebensoviel

Gutes vernichtet als gewonnen wird. Ich hasse die, welche ihn ausführen, wie die, welche dazu Ursache geben.“

Das gilt natürlich sinngemäß auch, wenn es gar nicht um Revolution geht sondern nur um das Verhindern von Barbarei. Der Intendant Latchinian hatte am 9. März in Neustrelitz bei einer Demonstration gegen die Theaterfusionspläne der Landesregierung einen drastischen Vergleich gezogen. Dabei hatte er nicht beabsichtigt, die IS-Zerstörungen oder die Sprengung der Leipziger Universitätskirche durch die DDR-Führung mit der Theaterpolitik im Nordosten gleichzusetzen, aber er hatte an die Verantwortung erinnern wollen, behutsam mit dem Kulturerbe umzugehen. Jetzt soll ihm ein Maulkorb angelegt werden.

Als Künstler hat er das Recht auf poetische und satirische Zuspitzung. Es mag sein, dass der Verteidiger der Kultur, der Menschlichkeit, zu einem Mittel gegriffen hat, das normalerweise gegen die Spiel-

regeln verstößt. Aber Schuld sind die Verursacher des Missstandes. Barbarische Entscheidungen können zu barbarischen Ereignissen führen. Die Handelnden können dann auch mit Barbaren verglichen werden, selbst wenn sie eine zeitweise Mehrheit bilden.

Wenn es stimmt, dass Sevan Latchinian mit seinem warnenden Vergleich zu weit gegangen sein mag und abberufen werden soll, dann müssen zuvor die Verursacher des kulturellen Kahlschlages entlassen werden.

Das meint eure Rotfeder



Ist Sevan Latchinian zu weit gegangen?

Unser Intendant ist ein emotionaler Mensch. Als Künstler zeichnet er sich durch seine nicht immer unstrittige, impulsive Art aus. Er überspitzt, überzeichnet, übertreibt und überspannt den Geduldsfaden mancher PolitikerInnen. In den letzten Monaten hat er ehrlich und direkt über das theaterfeindliche Agieren von Stadt und Land gesprochen. Es entspricht seiner Rolle als Vertreter des Theaters, für das Haus aufzutreten, zu sprechen und klar Position zu beziehen. Bereits mehrfach haben ihn deshalb Mitglieder von CDU und SPD zur Raison gerufen. Ich selbst habe manche seiner Äußerungen als diskussionswürdig empfunden, insbesondere den Vergleich zwischen der Kulturpolitik des Landes und der Kulturzerstörung im Irak durch die radikal-islamistische, mordende Terrorgruppe Islamischer Staat. Hier ist er zu weit gegangen. Dennoch schätze ich seine offene, direkte Art sehr. Sevan Latchinian ist ein Gewinn für das Theater, ein Gewinn für die Hansestadt. Ein Querdenker, ein kreativer Geist, ein Unikum. Nun will der Oberbürgermeister ihn abberufen und mit sofortiger Wirkung fristlos kündigen. Dafür gibt es keine rechtliche Grundlage, doch offensichtlich soll hier ein unbequemer Geist entsorgt werden, damit besagte Kräfte ungestört im Theater wildern können. Selbstverständlich stimmen wir gegen eine Abberufung, doch vermutlich wird es Mehrheiten gegen Sevan

Latchinian geben. Ich habe in den vergangenen Tagen alles erdenkliche getan, um unseren Intendanten vor diesem Schicksal zu bewahren. Doch vermutlich verlieren wir diesen Kampf und vor allem wird es Herrn Latchinian treffen, der Rostock dann verlassen wird, begleitet durch zahlreiche SchauspielerInnen. Ein schmerzhafter Verlust. Etwaige Rechtsstreitigkeiten, hohe Entschädigungszahlungen und dergleichen nehmen CDU, SPD und Oberbürgermeister wohlwissend in Kauf.
Eva-Maria Kröger

Wann kommt das Bürgerbegehren?

Die rechtliche Prüfung unsererseits hat nun ergeben, dass die Frage der Spartenanzahl für ein Begehren zulässig ist. Wir sind uns auch einig, dass das Sammeln von 4000 Unterschriften keine Hürde ist und wir freuen uns sehr, dass viele von Euch bereits ihre Hilfe angeboten haben. Jedoch halten wir ein Bürgerbegehren aus strategischen und politischen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt für NICHT sinnvoll. Wir wollen und müssen damit noch warten. Deshalb möchten wir Euch unsere Gründe für den Aufschub darlegen, damit ihr nicht irritiert seid:

1. OB Methling und Minister Brodkorb verhandeln noch bis Juni über eine Vereinbarung, die die zukünftige Struktur des Theaters festlegt. Dieses Verhandlungsergebnis kennen wir noch nicht. (Natürlich ahnen wir, wie es aussehen wird.) Aber wenn

wir bereits jetzt ein Begehren formulieren, wären OB und Minister in dem Vorteil, die Ausrichtung des Begehrens geschickt umschiffen zu können. Sie hätten sozusagen einen Informationsvorsprung.

2. Zudem können sich die Theatergegnern jetzt immer noch hinter der Schutzbehauptung verstecken, man könne bei den Verhandlungen mit dem Land das Beste für Rostock erreichen und die Kooperationen mit anderen Theatern würden eine Chance darstellen. Wir wissen zwar, dass die Wahrheit eine andere ist, aber gegenteilige und belastende Untersuchungen sind noch nicht öffentlich.

3. Sobald das Verhandlungsergebnis vorliegt, wird es der Geschäftsführung übergeben. Herr Rosinski und Herr Latchinian sind dann gezwungen, bis September 2015 ein Konzept zur Umsetzung zu erstellen. Dieses Konzept wird (leider) radikal und erschreckend genug sein, um im Herbst für reichlich öffentliche Aufregung zu sorgen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wären wir mit einem Bürgerbegehren auf der ganz sicheren Seite. Dann erhöhen sich die Chancen, die paar Mitglieder der Bürgerschaft umzustimmen, die wir noch brauchen. Ein Begehren hat dann größere Chancen und wir rücken näher an das spannende Jahr 2016...

Ich bitte Euch also um etwas Geduld. Natürlich schlafen währenddessen die Initiativen zur Rettung des Theaters nicht ein. Wir bleiben aktiv!

Eva-Maria Kröger

Rostocker Bildungsveranstaltungen

Im Jahr 2014 hatte ich euch als Kreisvorsandsmitglied im KLARTEXT geschrieben, regelmäßige „Politische Gespräche“ zu organisieren. Diese Gespräche können Vorträge, Filmvorführungen oder Seminare zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen sein. Konkret haben wir im vergangenen Jahr zwei Veranstaltungen zu Marx, eine zur Ausbildungssituation in MV und eine zum Israel-Palästina-Konflikt durchgeführt. Der Wunsch aller Beteiligten ist es, auch im Jahr 2015 mit den „Politischen Gesprächen“ weiterzumachen.

So soll es sein und ich habe mir ein paar Gedanken gemacht, welche Themen wir behandeln können und sollten.

Ganz oben auf der Liste stehen die Auseinandersetzungen mit PEGIDA und der Problematik der Flüchtlingsthematik als aktuelle Herausforderungen für die Politik und Zivilgesellschaft. Dazu müssen wir uns informieren, austauschen und Standpunkte entwickeln. Desweiteren wollen wir uns weiter mit der Marx'schen Kapitalismusanalyse und Schlussfolgerungen für Heute beschäftigen. Weitere Themen wie Ökonomie und Finanzpolitik, Griechenland und SYRIZA, 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, Ukrainekrise, Kollektive Betriebe in Argentinien als Gegenmodell zum Kapitalismus und viele weitere Themen sollen in diesem Jahr als Veranstaltungen durchgeführt werden.

Über weitere Ideen sowohl inhaltlicher Art als auch Vorschläge für gute Referentinnen und Referenten wäre ich sehr dankbar. Folgende Termine möchte ich euch hiermit schon mitteilen:

Montag, 13.4., 17 Uhr, InterCityHotel Rostock, Hergweghstr. 51: Wieviel Ehrenamt brauchen wir in MV und was ist es uns wert?

In Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich bereits mehr als eine halbe Million Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich. Ohne deren Leistungen müssten die Menschen im Land auf zahlreiche Angebote

verzichten. Vieles in unserer Gesellschaft würde nicht oder nur unzureichend funktionieren, ob im Sport, bei den Freiwilligen Feuerwehren, in der Politik, der Heimat- und Kulturpflege oder bei der Unterstützung von Kindern, kranken oder alten Menschen. Folgende Fragen sollen diskutiert werden:

- Wie können Menschen motiviert werden, ein Ehrenamt zu übernehmen und wie sollten sie unterstützt und begleitet werden?

- Was hindert Menschen daran, ein Ehrenamt zu übernehmen und wie können diese Hindernisse beseitigt werden?

- Wie kann das ehrenamtliche Engagement in der Öffentlichkeit sichtbar werden?

Begrüßung durch Karen Stramm, MdL. Impulsbeiträge von Andreas Bluhm, Landes-sportbund; Alexander Gries, ASB Wismar Katastrophenschutz und Ulrike Seemann-Katz, Flüchtlingsrat MV. Für einen Abendsnack und Getränke wird gesorgt.

Mittwoch, 15.4.15, 19 Uhr, Peter-Weiss-Haus: Was ist eigentlich „Marxismus“? – Georg Fühlberth

Alles, was vorstehend referiert wurde, betrifft Zeitreflexe, die unmittelbar vor Augen liegenden Aktualisierungen der Marx'schen Theorie. Das ist sozusagen der oberste Boden einer doppelbödigen Angelegenheit. Gibt es denn auch noch eine Ebene darunter? Ja, aber diese zweite Ebene ist keine Widerspiegelung der Zeitläufe, sondern sage und schreibe der Marxismus selbst. Das klingt nun allerdings sehr sektierisch und dogmatisch. Fragen wir also zunächst: Was ist das eigentlich: Marxismus? Häufig wird der Marxismus entweder als verehrungswürdiges Museumsstück akzeptiert oder als Stichwortgeber einer gescheiterten Politik angesehen. »Das Kapital« wird in einer »Neuen Marx-Lektüre« zum Glasperlenspiel. Angeblich demonstriert es nur, wie der Kapitalismus funktioniert. Dagegen versteht Georg Fülberth unter Marxismus: 1.) die historisch-materialistische Analyse von Ökonomie und

Klassenverhältnissen, 2.) eine auf diese gestützte Theorie der Politik, 3.) politische Praxis in der Perspektive einer Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft. Die marxistische Theorie hat nicht nur Geschichte gemacht, sondern war auch selbst historischen Wandlungen unterworfen. Sie wird verarmt, wenn ihr zentraler Anspruch – Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft – aus ihr herausgebrochen wird. Fülberth betont die politisch-praktische Komponente des Historischen Materialismus und versucht zu zeigen, inwieweit dieser Anspruch von 1848 bis heute eingelöst wurde und in Zukunft wieder zur Geltung kommen kann. Georg Fülberth, Dr. phil., Jg. 1939, ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Zahlreiche Bücher und Zeitschriftenveröffentlichungen. Publiziert regelmäßig in „der Freitag“, „junge Welt“, „neues deutschland“ und „konkret“. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Kritik der Politischen Ökonomie und Zeitgeschichte.

Mittwoch, 20.5., 18 Uhr, Seminarraum Geschäftsstelle DIE LINKE: Argentinien – Reise durch ein Land mit Dauerkrise

2001 brach die Wirtschaft Argentiniens zusammen. Von einem Tag zum anderen kamen die Menschen nicht mehr an ihre Konten. Die Firmen schlossen reihenweise und die politische Klasse hatte kein Rezept zur Beendigung der Krise. Die Bevölkerung begann sich zu organisieren und den Alltag selbst in die Hand zu nehmen. Fabriken wurden einfach selbstverwaltet weiterbetrieben. Nachbarschaftsvereinigungen regelten den Alltag. Kirchner wurde gewählt und einige Forderungen der linken Basisbewegungen erfüllt. Dennoch sind bis heute viele Probleme nicht gelöst. Der Referent Kay Nadolny bereiste Ende 2014 Argentinien und berichtet über Land und Leute.

Katharina Schlaack

DIE LINKE und DFB-Gruppen bereiten Hartz-4-Kindern in Reutershagen Osterüberraschung

Wie können wir den Ärmsten der Armen eine kleine Überraschung bereiten? Diese Frage stellten sich gemeinsam die Mitglieder der Partei DIE LINKE und der zwei dfb-Gruppen in Reutershagen. Dann sammelten sie Geld, Spielsachen und Kinderbücher und bereiteten damit den 29 Hartz-4-Kindern am 27.03. eine freudige

Osterüberraschung. Unterstützung fand die Aktion bei vielen Spendern, die Geld, Spielsachen, Kinderbücher oder andere Dinge zur Verfügung stellten.

In der Ausgabestelle der Tafel in den Räumen der Martin-Luther-Kirchgemeinde in Reutershagen konnten die von ihren Eltern oder Großeltern begleiteten 0- bis 12-jährigen je einen Gutschein über 10 Euro für einen Kinobesuch oder Einkauf bei Spiel-Max oder Family sowie ein Geschenk (Spielsachen, Bücher oder anderes) in

Empfang nehmen und sich bei einer gehörigen Portion Eis – gespendet vom Eiscafé „Rosso Bianco“ in Graal-Müritz – darüber austauschen und freuen.

Die Organisatoren danken allen Unterstützern für ihre Bereitschaft. Besonderen Dank richten sie an die Mitarbeiter der Tafel unter der Leitung von Frau Heppner, Frau Pastorin Freese-Schmidt und das Eiscafé „Rosso Bianco“. Die Spendensumme von mehr als 550 Euro macht Hoffnung für ähnliche Aktionen auch in Zukunft.



Landtagsabgeordnete vor Ort

Mit vielen Aufgaben und Anregungen zurück nach Schwerin

Am vergangenen Montag bereisten die Sprecherin für Kinder, Jugend und Familie der Linksfraktion im Landtag, *Jacqueline Bernhardt*, und der Sprecher für Agrarpolitik und ländliche Räume, *Prof. Dr. Fritz Tack*, den Landkreis und führten eine Reihe von Fachgesprächen. Bei BBS-Start in Bützow informierten sich die beiden Landtagsabgeordneten im Gespräch mit *Monika Kuhlmann*, *Ulrich Gustävel* und ihren Mitarbeiterinnen, wie dort ohne Reibungsverluste unter einem Dach die Jugendberufsagentur, ambulante Hilfe und weitere soziale Dienste miteinander kooperieren. Im Anschluss daran stand ein Besuch in der Kita „*De lütten Landlüüd*“ in Lüssow auf dem Programm. Bevor sich die Kinder zum Mittagsschlaf zurückzogen, durften sie sich noch über ein Geschenk freuen. Frau *Bernhardt* überreichte ihnen ein kleines Laufrad, das natürlich sofort ausprobiert werden musste. Danach war dann ausreichend Zeit, um mit der Leiterin der Einrichtung, *Ursula Dudek*, und ihren Kolleginnen über die Kita, das KiFöG sowie die Probleme bei der Umsetzung der Vollverpflegung und vielen weiteren Punkten aus Kita-Sicht zu sprechen. Aus der Perspektive der Eltern wurde das Thema Vollverpflegung dann auch noch bei einem weiteren Termin in der *Villa Kunterbündnis* in Güstrow beleuchtet. Dort sprachen die beiden Landespolitiker auch mit der Leiterin der Villa, *Karen Larisch*, die aus der täglichen Arbeit eine Reihe von Hinweisen zu bürokratische Hürden und Fördermöglichkeiten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe geben konnte. *Text und Fotos: Sven Sauer/Mario Kutter*



BBS Start Bützow - v.l. Dorett Witterstein, Gisela Timm, Ruth Blessin, Karin Schröder, Jacqueline Bernhardt, Fritz Tack, Ulrich Gustävel, Monika Kuhlmann



Jacqueline Bernhardt nach Übergabe des Geschenks an die Kita „De lütten Landlüüd“



Kita Lüssow - v.l. Ellen Kaiser (Erzieherin), Gabriele Wolf (Vorstand Trägerverein), Ursula Dudek (Ltrn. der Kita), Jacqueline Bernhardt, Fritz Tack

Olympia in Rostock?

Jetzt ist es offiziell: Hamburg soll für den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) an den Start für die Bewerbung um die Austragung der Olympischen Spiele 2024 gehen. So hat es das Präsidium des DOSB beschlossen, die Bestätigung durch die Mitgliederversammlung am 21. März gilt als sicher. Berlin als Gastgeber der Spiele ist raus. Damit schwinden auch die Chancen für die Hansestadt Rostock erheblich, die Olympischen und Paralympischen Segelwettbewerbe auszutragen. Auch wenn die finale Entscheidung auf Seiten der Hamburger noch nicht gefallen ist, gilt Kiel als großer Favorit, Austragungsort für die Segelwettbewerbe zu werden. Doch neben dem Segeln könnte

auch eine weitere Sportart in Rostock eine Rolle spielen: Fußball. So könnte der Ball bei mehreren Vorrundenspielen im Rostocker Ostseestadion rollen, so sieht es jedenfalls das Sportstättenkonzept der Hamburger Olympiabewerbung vor.

Wie geht es weiter?

Anfang September werden die Hamburgerinnen und Hamburger in einem Bürgerentscheid über die Bewerbung der Hansestadt entscheiden. Mit den Stimmen der LINKEN hat die Bürgerschaft beschlossen, auch in Rostock einen Bürgerentscheid zur Mitbewerbung der Stadt als Austragungsort für Olympische Spiele durchzuführen. Eine Machbarkeitsstudie der Stadt kommt zu dem Ergebnis, dass

alleine für die Sportstätten mindestens Kosten in Höhe von 32,5 Millionen Euro zu stemmen wären, zusätzliche Ausgaben wie beispielsweise für die Errichtung eines Olympischen Dorfes oder in den Ausbau der Infrastruktur sind in dieser Summe noch nicht berücksichtigt. Selbst bei positiven Voten hieße es anschließend: abwarten! Denn erst im Sommer 2017 wird die endgültige Entscheidung fallen. Dann wählen die Mitglieder des IOC den Gastgeber der Spiele 2024. Die Chancen Hamburgs gelten im internationalen Vergleich als gering, neben der italienischen Hauptstadt Rom gilt vor allem das US-amerikanische Boston als der große Favorit für die Austragung der Spiele.

Karsten Steffen

TRADI SANITZ am 28.2.2015 - Ein voller Erfolg

„TRADI SANITZ“



Dauerausstellung über die 43.FRBr „Erich Weinert“
TRADI Sanitz, Schwarzer Weg 1,
geöffnet am 01. März
und nach Absprache unter Tel. 038209-799

neue Poster in der Wandgalerie, u.a. ein Poster zum Ableben des langjährigen K-43.FRBr Oberst a. D. Peter Prottegeier, das Poster „JASTREB“ mit den Modellen SR-71 und MIG-25 PD im TRADI, das TRADI selbst, der Leseraum mit Büchern, Broschüren und Chroniken von FRA, ein Verkaufsstand u.a. mit Buch/DVD zur 43.FRBr, Fotobuch/DVD Ausstellung 2012 und Wappen der 43.FRBr, Erbseneintopf, „Verlegung“ in das ehemalige TA-Objekt nach Wendfeld mit Besichtigung/Rundgang, danach ein Vortrag von Burghard Keuthe zum aktuellen Entwicklungsstand der russischen Fla-Raketensysteme und anschließend Kaffee und Kuchen.

Und immer dabei – die Freude, ehemalige Mitstreiter wiederzusehen, zu erzählen. Der Erbseneintopf hat lt. mehrerer Aussagen geschmeckt, der Vortrag

ist interessant gewesen und gut angekommen. Burghard selbst hat es auch Spaß gemacht, ob des Enthusiasmus und das große Interesse der Zuhörer, einige hatten sich auch zusätzlich darauf vorbereitet und – andere sind speziell wegen seines angekündigten Vortrags nach Sanitz angereist. So ein Ehemaliger, der im FRR-31 gedient hatte und ein Vater mit Tochter, der aus gesundheitlichen Gründen nie Soldat war... Kurt Möhring gab vor allem wegen der „Grauhaarigen“ unter den Mitstreitern aus dem Stand heraus noch einige zusätzliche Hintergrundinformationen zur modernen Fla-Raketentechnik. Gefreut haben wir uns, dass diesmal mehrere „Erstbesucher“ zum Tag der Offenen Tür TRADI SANITZ gekommen waren, so u.a. M. Oswald, K.-D. Bajurat, G.-R. Stein, P. Holtz, R. Bergmann, D. Frommann, H. Birkholz, W. Beyer, Frau Spanke, A. Kraekel, W. Holze usw.

Georg-Peter Riha von der Regionalgruppe Rostock brachte mehrere Mitglieder mit, zumeist Ehemalige der Volksmarine. Auch Helmut Helmke und Roland Woiciechowski vom Militärgeschichtlichen Ver-

ein Demen e.V. konnten wir trotz Schnupfen und noch weiterer an dem Tag ansteher Termine begrüßen. Im Laufe des Tages trafen noch weitere Besucher ein, schließlich hatte das TRADI bis 16.00 Uhr geöffnet. So auch Olaf Thiele mit Ehefrau aus Berlin, er hatte Anfang der 70er Jahre in Abtshagen gedient und erst vor einigen Wochen durch unsere Seite SANITZ hier im Internet zu uns Kontakt gefunden.

Die ersten schriftlichen Reaktionen der Besucher trudelten bereits am Sonnabendabend ein. Fazit: es war (wieder) ein gelungener Tag und alle haben sich wohlgefühlt!

Wir möchten uns recht herzlich bei allen für die Spenden bedanken, die Hannes nach seinem Eintreffen wieder einsammelte. Es kam schon die Frage auf, wo kann ich die Spende abgeben, wo bleibt Hannes? Ja, inzwischen eine „Institution“! Vielen Dank an uns „Peterle“ Kraus für das ebenfalls alljährliche Sponsoring von Brötchen und Kuchen und an Wolfgang Vandrey für die Unterstützung in Wendfeld. Am Spätnachmittag kam dann von Barbara der Satz: „Übung beendet, Ausgangslage herstellen!“ Was auch erfolgte...

Wir planen wieder, eine DVD über diesen Tag zu erstellen. Und bitten um Zusendung von Fotos, die Ihr evtl. gemacht habt.

Natürlich gibt es auch 2016 wieder einen Tag der offenen Tür TRADI SANITZ, dann ist es außerdem ein 60. JT! Aber es ist auch „zwischen durch“ geöffnet, meldet Euch einfach rechtzeitig... Unseren Frauen anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März alles Gute und für alle – viele Grüße aus Sanitz!

Bernd Kirchhainer, Schwarzer Weg 1, 18190 Sanitz

Vorbemerkung:

Wir hatten überlegt, ob wir den eigentlichen 01. März nehmen oder den Tag der offenen Tür TRADI SANITZ auf Sonnabend, den 28.02.2015 legen. Die Entscheidung für das Letztere war richtig – nicht nur für die Anreise der etwas weiter entfernt wohnenden Ehemaligen. Im Nachhinein auch für das Wetter, denn am Tag davor und danach gab es Regen – nur am Sonnabend, den 28.02.2015, war es trocken und sogar etwas Sonne!

Rund 60 Besucher waren gekommen – so viele wie noch nie! Und die Anreisewege waren nicht „ohne“, so aus Chemnitz, Straubing, Köln, Uetersen, Berlin, Pinnow b. Angermünde, Dessau, Neubrandenburg, Insel Poel, Demen, Parchim, Grevesmühlen usw. Wir konnten nicht nur „Altbekannte“ begrüßen, sondern es galt auch, neue Gesichter zu erkennen. Was nicht immer leicht fiel, zumindest nicht auf den „ersten“ Blick...

Das TRADI hatte von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet. Immer mit dem Hinweis, wer vor 10.00 Uhr erscheint, muss Frühsporn machen! Im letzten Jahr war es Bodo aus Henningsdorf, der zu früh kam. Diesmal war es Reiner Höckendorf aus Sanitz... Das volle Programm lief dann anschließend ab: die U-2 Ausstellung,



Überfällige Wohngeldreform nicht weiter verzögern

In der März-Landtagssitzung brachte Regine Lück einen Antrag zum Thema Wohngeld ein. Der Auszug aus der Rede macht deutlich, wofür sie sich einsetzt:



Im April 2012 stellte ich einen Antrag, das Wohngeldrecht zu ändern und die Heizkosten und den Heizkostenanstieg abzufedern. Damals befand der Wirtschaftsminister Glawe, es sei nicht der richtige Zeitpunkt dafür.

In diesem Jahr nun wendete sich das Blatt. Die Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks kündigte mehrfach an, die Wohngelderhöhung zu wollen und die Heizkostenkomponente wieder einzuführen. Darüber hinaus liegt ein Regierungsentwurf zum Wohngeld vor, der Anfang November 2014 im Bundeskabinett beschlossen werden sollte. Dazu kam es aber offensichtlich nicht. Stattdessen kürzte der Haushaltsausschuss im Bundesetat für 2015 die Wohngeldmittel um 100 Millionen Euro, um die schwarze Null zu erreichen.

Mit dem Beschluss des Bundestages zum Haushalt ist es nun amtlich. Statt 630 Millionen Euro stehen im kommenden Jahr nur 530 Millionen Euro Bundesmittel für Wohngeld bereit. Damit ist die Hoffnung auf mehr Wohngeld erst mal zunichte gemacht.

Diese Entwicklung ist eine klare Folge des Einknickens der SPD bei den Koalitionsverhandlungen 2013 und liegt natürlich auch ursächlich im Verhalten der Bundes-CDU.

In den ersten Fassungen des Koalitionsvertrages war die Rede von der Einführung einer Energie- und Heizkostenkomponente beim Wohngeld. Im endgültigen Vertrag fehlt diese klare Aussage. Deshalb konnte es zur Streichung dieser Mittel zum Ab-

schluss der Haushaltsberatungen überhaupt kommen. Grund genug für uns, den Antrag zu stellen. Die Wohngeldreform aufzugeben kommt für uns nicht infrage.

Wenn sich schon der Bund verabschiedet, muss die Länderebene alles tun, die überfällige Wohngeldreform nicht weiter zu verschleppen. Gespräche zwischen der Bundesbauministerin und den Bundesländern laufen schon seit Längerem. Dass Mecklenburg-Vorpommern besonders betroffen ist zeigen folgende Zahlen: Ende 2012 gab es 37.300 Wohngeldhaushalte, das sind 4,4 Prozent aller Haushalte. Bundesweit stehen wir damit an der Spitze.

Eine Wohngeldreform würde nicht nur für die Wohngeldhaushalte, sondern auch für viele weitere Haushalte

eine Entlastung von Wohnkosten bedeuten. Zum Beispiel für Haushalte, die aus der Armutsfalle Hartz IV oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung herauskämen und dann Wohngeld beziehen würden, und auch für Haushalte, die derzeit knapp oberhalb der Grenze zum Wohngeldanspruch liegen und künftig anspruchsberechtigt wären.

Nicht zuletzt durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes ab 2015 wird mit steigendem Wohngeldbedarf gerechnet. Vor allem die Niedriglohnverdiener, also die sogenannten Aufstockerinnen und Aufstocker, haben endlich die Chance, mit dem Wohngeld aus Hartz IV herauszukommen. Ein Drittel der rund 43.000 Aufstockerinnen und Aufstocker in Mecklenburg-Vorpommern arbeitet Vollzeit und sind damit potenzielle Empfänger von Wohngeld. Das Gesetzgebungsverfahren noch weiter nach hinten zu verschieben hieße erstens, die Kommunen noch mehr zu belasten, die ohnehin die explodierenden Sozialhilfenausgaben nicht oder kaum noch schultern können. Zweitens mehr Haushalte in die Armutsfalle Hartz IV oder Grundsicherung abzuschieben beziehungsweise ihnen die Chance, daraus herauszukommen, zu verweigern.

Und drittens werden diejenigen Haushalte, die gut zwei Drittel ihres verfügbaren Einkommens nur für Wohnkosten aufbringen müssen, gerade so über die Runden kommen, aber sich wirklich nichts leisten können, was

sozusagen das Leben auch ausmacht. Das können wir nicht wollen und das wollen wir natürlich auch für die betroffenen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nicht. So eine Reform kostet natürlich Geld, auch Landesgeld. Das in den Haushalt einzustellende Wohngeld tragen Bund und Länder je hälftig. 2012 wurden 50 Millionen Euro Wohngeld ausgezahlt. Das Land war praktisch mit 25 Millionen dabei. Nach meiner Schätzung könnten durch die Reformen bis 40.000 Haushalte im Land davon profitieren, die mit durchschnittlich 40 Euro Heizkosten und 125 Euro Wohngeld unterstützt werden.

Dafür würden knapp 40 Millionen Euro Landesmittel in 2016 und 2017 benötigt werden. Das sollte bei den beginnenden Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2016 und auch 2017 berücksichtigt werden.

In den Vorjahren und auch in diesem Jahr wurde beziehungsweise wird deutlich weniger Wohngeld ausgegeben als eingeplant. Die Mehrausgaben 2015 wären durch die Minderausgaben dieses Jahres mehr als gedeckt. Zudem wäre die Finanzierung auch durch den Haushaltsüberschuss 2014 auffangbar.

Laut Städte- und Gemeindetag sind im Durchschnitt bei einem Drittel aller Wohngeldempfänger die tatsächlichen Mieten höher als die Beträge, die bei der Wohngeldberechnung berücksichtigt werden, deshalb müssen die Höchstbeträge der Mietentwicklung angepasst werden. Die Gruppe derjenigen, die ihr Wohngeld kaum noch tragen können, aber auch keinen Wohngeldanspruch haben, wird natürlich größer. Damit mehr Haushalte Anspruch auf Wohngeld haben, sind die Einkommensgrenzen anzuheben.

Die Zeiträume zwischen den Wohngeldnovellen sind einfach zu lang und diesen Vorwurf müssen Sie sich gemeinsam machen lassen, CDU wie SPD und besonders die Herren und Damen von der CDU.

Ich weiss, dass bereits ein beschlussreifer Entwurf vorliegt. Ich kenne ihn nicht, die Eckdaten entnahm ich aber der Presse. Demnach soll das Wohngeld im Durchschnitt um 12 Prozent angehoben werden und die Heizkostenpauschale 22 Prozent höher ausfallen als 2009. 150.000 Haushalte sollen aus Hartz IV ins Wohngeld wechseln. Dieser Gesetzentwurf könnte Verhandlungsbasis sein.

Die Rostocker LINKE ging in Klausur

Der Rostocker Kreisvorstand traf sich am 13./14.3. zur Klausur, um einmal über grundsätzliche Fragen der Parteiarbeit zu beraten. Wie können wir unsere Mitglieder noch besser an der Arbeit der Partei teilhaben lassen, wie gewinnen wir neue Mitglieder, wie erhöhen wir unsere Strahlkraft in die Gesellschaft – auf diese Fragen wollten wir uns Antworten erarbeiten.

Wie sieht gute „Mitgliederpflege“ aus? Unser Anspruch ist es, die Genossen gut und schnell über die Arbeit der Parteigremien und Fraktionen zu informieren und sie auf diese Weise zu motivieren, diese Informationen in die Gesellschaft zu tragen (Familie, Bekannte, etc.) und u.U. durch Kritik korrigierend auf Diskussionsprozesse und Beschlüsse der Partei einzuwirken. In Sachen Information haben wir bereits ein hohes Niveau erreicht – man muss die vorhandenen Angebote aber auch nutzen! Wir wollen das Erreichte weiter optimieren, z.B. durch eine bessere Pflege der Kontaktdaten (E-Mail-Adressen!). Wir waren uns aber auch darüber im Klaren, dass die Mitwirkung der Basis an der Parteiarbeit dort an Grenzen stößt, wo schnelle Entscheidungen (etwa bei kommunalpolitischen Themen) nötig sind.

Die Partei muss sich auch als Dienstleister verstehen, und Parteimitgliedern Hilfe bei zivilge-

ellschaftlichem Engagement (z.B. für Flüchtlinge) anbieten. Hier muss die Partei noch viel mehr als Netzwerk verstanden und genutzt werden.

Wenn wir über Information reden, kommen wir am KLARTEXT nicht vorbei. In ihm spiegelt sich vor allem das Denken der Funktionäre und Mandatsträger wider, während die Parteibasis **ihre** Zeitung zu wenig als Kommunikationsplattform begreift. Das kann nur die Basis selber ändern, z.B. durch Leserbriefe. In einer der kommenden Ausgaben des KLARTEXT werden wir mittels einer Umfrage zu klären versuchen, wo die Leser noch Verbesserungspotenzial in der Zeitung sehen.

Natürlich haben wir uns auch mit der Frage beschäftigt, wie neue Mitglieder für DIE LINKE gewonnen werden können. Wir waren uns einig, dass der vom Parteivorstand häufig vorgeschlagene Weg, Kampagnen zur Neumitgliedergewinnung zu fahren, wenig zielführend ist. Eintritte ergeben sich fast automatisch, wenn die Partei hohes Ansehen in der Bevölkerung genießt. Und wie erreicht man nun dieses? Durch geschlossenes Auftreten, ein klares Profil, Engagement in Bürgerinitiativen und die Beschäftigung mit jenen Themen, die quasi vor der Haustür liegen. Vor Ort sein und den Bür-

gern Hilfe anbieten – das muss unser Anspruch bleiben. Dabei ist die Zusammenarbeit mit linken Initiativen in der Stadt von besonderer Bedeutung. Dort vorhandene Vorbehalte gegen den Parlamentarismus können so abgebaut werden. In diesem Zusammenhang ist auch unser Angebot einer offenen Geschäftsstelle zu sehen: Wir wollen unsere Räume kostenlos für Veranstaltungen linker Initiativen zur Verfügung stellen.

DIE LINKE sollte nicht jedes Thema „beackern“, sich aber auch nicht auf linke Nischen zurückziehen. Wir müssen auf jedes gesellschaftliche Problem linke Antworten finden, aber natürlich Schwerpunkte setzen, um unser Profil zu schärfen. Ohne Utopien geht es dabei nicht – schließlich denken wir als demokratische Sozialisten über den Tag hinaus.

Die Klausur des Kreisvorstandes hat sich als sehr produktiv erwiesen. Viele kleinere Ideen werden sich hoffentlich in der näheren Zukunft in der Arbeit der Partei bemerkbar machen. Für Anregungen von Euch haben wir immer ein offenes Ohr!

Carsten Penzlin

Für die Opfer des Faschismus

Am Vormittag des 8. Mai 2015 wird auf dem Neuen Friedhof in Rostock ein Ort der Erinnerung eingeweiht, der den Verfolgten des Naziregimes, die auf den Rostocker Friedhöfen bestattet sind, gewidmet ist.

Die bestehenden Gräber für die Opfer und Verfolgten aus der Zeit der Naziherrschaft werden naturgemäß nach und nach aufgegeben. Damit die Namen und das oft schwere Leben dieser Menschen nicht aus dem kollektiven Gedächtnis verschwindet, soll eine Bronzeplatte des Bildhauers Wolfgang Friedrich mit der Aufschrift: „Wir erinnern an die auf Rostocker Friedhöfen bestatteten Verfolgten des Naziregimes. Nie wieder Faschismus“ an sie erinnern.

Verfolgt wurden Frauen und Männer, die den Mut hatten, auch im Alltag gegen die scheinbare Übermacht der Herren des „Dritten Reiches“ aufzutreten. Verfolgt wurden Menschen aus dem kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen, bürgerlichen und militärischen Widerstand. Mit ihnen wird aber auch an all die anderen Verfolgten des Naziregimes erinnert, die auf den Rostocker Friedhöfen bestattet sind. Die rassisch Verfolgten, wie gläubige Juden und die zu Juden Gestempelten, Sinti und Roma, die Behinderten- als „unwertes Leben“ Bezeichnete, anders Glaubende, Lebende und Liebende – sie wurden verfolgt, verhaftet, eingesperrt, gedemütigt. Man nahm ihnen ihre Gesundheit, zerstörte ihr Leben, wollte ihnen die Menschenwürde nehmen. Ihre Gräber liegen

unter dem Rasen, zwischen den Grabhügeln und den Rhododendronbüschen. Hat Rostock sie vergessen?

In wenigen Tagen denken wir besonders an die Zeit der Befreiung vor 70 Jahren. Im Mai 1945 waren auch in Rostock Verfolgte des Nazi-Regimes bereit, die Folgen des von Deutschland ausgegangenen grausamsten aller bisherigen Kriege und der zwölfjährigen Schreckensherrschaft zu überwinden. Sie kamen aus Konzentrationslagern der Faschisten, aus Zuchthäusern, Strafbataillonen, aus der Emigration oder dem Versteck. Sie waren durch Folter und menschenfeindliche Lebensumstände körperlich und seelisch geschwächt. Aber sie zögerten nicht, ihre verbliebene Kraft, ihr Wissen und ihre Erfahrungen vorbehaltlos für ein neues Leben in Rostock einzusetzen.

Vier Männer: Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose veröffentlichten bereits am 3. Mai 1945 die „Bekanntmachung an die Bevölkerung der Seestadt Rostock“.

Wie war die Situation? Rostocker, Ausgebombte, Umsiedler, Geflüchtete mussten sich den verbliebenen Wohnraum teilen. Flecktyphus und Ungeziefer breiteten sich aus, eine Quarantäne drohte. Plünderungen und zerstörte Lebensmittellager führten zur Knappheit an Nahrungsmitteln. Elektro-, Gas-, und Wasserwerke, Müllabfuhr und Friedhof mussten sofort wieder arbeiten, Trümmer mussten beseitigt, die Kinder betreut und der Schulunterricht organisiert werden. In diesem Chaos bestimmten

Antifaschisten gemeinsam mit verantwortungsbewussten und selbstlosen Bürgern die ersten, überlebensnotwendigen Maßnahmen in der Stadt.

Sie alle erwarben sich bleibende Verdienste um ihre Heimatstadt Rostock.

Nach Jahren ist es den Mitgliedern der VVN-BdA-Basisorganisation Rostock gelungen, die Voraussetzungen für die Errichtung eines solchen Gedenkortes zu schaffen. In dem 2011 erschienenem Heft „Gedenkstätten für Opfer und Verfolgte des Naziregimes auf dem Neuen Friedhof in Rostock“ und dem jetzt erscheinenden Heft „Wir erinnern an die auf Rostocker Friedhöfen bestatteten Verfolgten des Naziregimes. Nie wieder Faschismus“ werden ca. 150 Kurzbiographien veröffentlicht. Sie dienen neben dem Gedenken auch der Information vor allem nachfolgender Generationen über ein Stück Rostocker Geschichte.

Die Rostocker Bürgerschaft hat entschieden und die Stadt übernimmt die Trägerschaft für dieses Areal.

Für die Einweihung hat sich der Oberbürgermeister einen Termin am 8. Mai 2015 vorgemerkt. Noch ist der genaue Zeitpunkt nicht bekannt, wird aber rechtzeitig in der Tagespresse angekündigt. Es wäre zu begrüßen, wenn Kinder und Enkel der Bürger, Genossen und Freunde an dieser Veranstaltung teilnehmen.

*Im Namen der Arbeitsgruppe
Hannelore R a b e*



Peter Ritter zu Gast in Evershagen

Am 19.03. konnte der Stadtteilverband Evershagen Peter Ritter als Referent für das Thema „PEGIDA, HOGESA und AfD – Die Neue Rechte in Deutschland und MV“ begrüßen.

Diese „Neue Rechte“ konnte in den letzten Jahren stetig an Zustimmung gewinnen. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte diese Bewegung in Deutschland im letzten Jahr, als es PEGIDA und seinen diversen Ablegern gelang, wiederholt tausende Menschen zu mobilisieren und über Wochen und Monate den öffentlichen Diskurs zu bestimmen. Dazu gesellt sich mit der AfD der parlamentarische Arm der Neurechten, die ausgehend von einem starken Einstand zur Europawahl direkt nachlegen und in zwei Landesparlamenten einziehen konnte. Zwar ohne schlüssige Programme, aber mit teils zweistelligen Ergebnissen.

Vor diesem Hintergrund war der Anlass für uns gegeben diese Thematik auf die Tagesordnung zu setzen. Muss man den PEGIDA-Demonstranten zuhören oder ihnen entgegentreten? Ist die AfD eine „normale“ Partei, oder ist mit ihr wie mit der NPD umzugehen? Welche Konsequenzen ergeben sich für unsere politische Arbeit? Müssen wir Thematiken aufgreifen oder noch stärker unsere Kernkompetenzen einbringen? Diese und andere Fragen diskutierten wir mit dem Genossen Ritter, der in seinem Referat sehr deutlich und anschaulich herausarbeitete, vor welchen Problemen und Aufgaben wir im Umgang mit den Neurechten stehen.

Als Parlamentarier und vor dem Hintergrund der anstehenden Landtagswahlen, setzte Peter den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die parlamentarische Arbeit mit den bzw. gegen die Rechten und auf die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Neurechten im Wahlkampf. Peter wies in seinen detaillierten Ausführungen allerdings zunächst darauf hin, dass sich die Frage des Umgangs mit den PEGIDA- bzw. in unserem Falle MVGIDA-Demonstranten für uns kaum stellt. In Mecklenburg-Vorpommern wird diese Bewegung fast ausschließlich von der „alten Rechten“, also NPD- und Kameradschaftskadern organisiert und getragen, die versuchen über diese Möglichkeit zu agitieren. Entsprechend sei mit ihnen umzugehen, wie wir es schon

seit Jahren gewohnt sind mit Rechtsextremen umzugehen. Im konkreten Fall bedeutet das klare und scharfe Abgrenzung unsererseits. Bleibt also nur die AfD.

Allerdings sei es trotzdem wichtig die Thematiken, über die diese Gruppen versuchen zu agitieren nicht zu vernachlässigen. Themen, die bei uns bisher eher eine untergeordnete Rolle spielen, etwa innere Sicherheit, müssen stärker und mit klar erkennbar linken Schwerpunkten besetzt werden. Vor allem in den vorpommerschen Landkreisen spielen etwa die Themen



Sicherheit und Grenzkriminalität (die im Übrigen bei unseren polnischen Nachbarn ein ebenso großes Problem darstellt) eine große Rolle und traditionell sind in eben jenen Landkreisen die Rechten besonders stark. Hier müsse man ansetzen und diese Themen, die die Menschen vor Ort stark bewegen auch offensiver kommunizieren, will man den Rechten nicht das Feld überlassen. Wir müssen mit ihnen inhaltlich die Auseinandersetzung suchen.

Wie bereits angedeutet nahm den Hauptteil Peters Referat allerdings die AfD und eine anstehende Auseinandersetzung im Wahlkampf und in den Parlamenten auf den unterschiedlichen Ebenen ein. Er wies darauf hin, dass sich der mecklenburgische Landesverband der AfD noch immer in seiner Findungsphase befindet und bisher starken inhaltlichen und personellen Schwankungen unterworfen war, weswegen es schwierig sei abschließend zu beurteilen, wie mit der AfD zu verfahren

sei. Man müsse hier aber sehr genau beobachten, wohin sich dieser Landesverband entwickelt. Zudem sei die AfD kommunalpolitisch undurchsichtig und lasse bisher kein schlüssiges Konzept erkennen, viele Themenfelder lasse ihr Programm zudem gänzlich unbesetzt oder sie springe kurzfristig und populistisch auf bestimmte Themen auf. Im Gegensatz zu NPD pflegen ihre Funktionäre oft eine biedermännisch-bürgerliche Fassade und äußerten sich öffentlich verhalten zu strittigen Themen. Das mache den Umgang mit der AfD mitunter schwierig. Allerdings äußern ihre Funktionäre sich vor allem in den sozialen Netzwerken auf eine Art und Weise, die es immer wieder verdeutlicht, dass sie eindeutig rechtspopulistisch und in manchen Fällen rechtsextrem eingestellt sind und ihre Anträge daher keine Zustimmung finden dürfen. Ob der Schweriner Weg, der seine Anwendung im Umgang mit der NPD findet, auf die AfD übertragbar sei, zweifelt Peter aber trotzdem an. Welcher Umgang dann angemessen sei, ergibt sich aus der weiteren Entwicklung der Partei.

Was die direkte Konkurrenz um Wählerstimmen geht, sieht Peter eine einzige Gruppe, wo sich DIE LINKE verstärkt mit der AfD auseinandersetzen muss: die der Protestwählerinnen- und wähler. Dies zeigen die Wählerbewegungen von der LINKEN zur AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Ein wesentliches Merkmal der AfD ist es, Stimmung gegen die „Systemparteien“ (zu denen sie DIE LINKE ganz frech einfach hinzuzählt) zu machen und einen tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur zu versprechen, etwas das wir auf ähnliche Weise auch tun. Hier müssen wir uns hinterfragen, ob wir es schaffen Politikverdrossenen und Enttäuschten weiterhin als ernstzunehmende Möglichkeit zu erscheinen um ihren Protest zu artikulieren. Aufgrund bisheriger Regierungsbeteiligungen und den danach folgenden massiven Verlusten muss man hier zumindest ein Fragezeichen setzen. Ein Patentrezept, wie dies zu erreichen ist, gibt es aber leider nicht.

Eine viel größere Bedrohung stellt die AfD allerdings für die NPD dar. Vor allem die starken Ergebnisse der AfD sind ganz wesentlich dafür verantwortlich, dass die



Peter Ritter in Evershagen - Fortsetzung

NPD in Sachsen aus dem Landtag geflogen ist. Sollte sich dies im nächsten Jahr in MV wiederholen, wäre die NPD in keinem Landesparlament mehr vertreten. Diese Wahl wird also eine Schicksalswahl für die NPD. Grund zum Jubeln ist dies aber leider nicht. Durch den Druck der AfD radikalisierte sich die NPD wieder zunehmend, zudem bereitete sie sich etwa durch Immobilienkäufe ihrer Funktionäre auf ein mögliches Parteiverbot vor. Sie würde dann wohl über Kameradschaften und andere Ersatzstrukturen weiterhin aktiv bleiben. Peter ist daher zwar skeptisch, ob die NPD den Wiedereinzug in den Landtag tatsächlich verpasst, er ist sich allerdings sicher, dass die AfD den Einzug schaffen wird.

Wichtig wird es dann sein, wie sich die CDU zur AfD verhalten wird. Bisher scheute sie die Auseinandersetzung, was darauf schließen lässt, dass sie sich eine mögliche CDU-AfD-Koalition offen lässt. Da man davon ausgehen kann, dass die CDU keine Lust haben wird weiterhin Juniorpartner in der großen Koalition zu sein, muss man

diese Möglichkeit durchaus ernst nehmen. Eine Regierungsbeteiligung wäre eine enorme Aufwertung der rechtspopulistischen AfD, die niemand wollen kann.

Eine wesentliche Rolle für den Umgang mit den Rechten spielt das Thema Politikverdrossenheit. Hier herrschte unter allen Anwesenden Genossen auch die größte Übereinstimmung, dass diese einen ganz wesentlichen Faktor für das Erstarken der Rechten darstellt. Diese Politikverdrossenheit war etwa in Dresden der Hauptweggrund für viele Menschen sich an PEGIDA zu beteiligen. Gefährlich ist es, wenn dieser Verdruss missbraucht wird um rechtspopulistische Positionen in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren, wie in Dresden geschehen. Hier stehen allerdings alle demokratischen Parteien und die Medien in der Pflicht, zu reflektieren, was man gegen diesen Politikverdruss tun kann. So sank zum Beispiel die Wahlbeteiligung in den Neuen Bundesländern in den letzten 25 Jahren von 94% auf knapp unter 50%. Das ist für sich schon ein ernstzu-

nehmendes Problem, bedeutet aber auch, dass die Rechtsextremen anteilig bessere Ergebnisse einfahren und viele Frustrierte sie zudem wählen. Die Menschen haben leider immer öfter das Gefühl, dass Wahlen und Wahlergebnisse keinerlei Rolle spielen und keine Veränderungen mit sich bringen. Für uns bedeutet das, dass wir uns fragen müssen, wie wir die Menschen besser erreichen. Peter wies darauf hin, dass seitens der Medien nicht viel zu erwarten sei. Diese würden uns immer noch steifmützlich behandeln. Die Arbeit im Gespräch vor Ort, sowie die Möglichkeiten der neuen und sozialen Medien müssen wir viel stärker nutzen um unsere Überzeugungen und die Idee des demokratischen Sozialismus unter die Menschen zu bringen. Wenn wir es schaffen die Menschen für unsere Politik zu mobilisieren, leisten wir einen ganz erheblichen Beitrag im Kampf gegen Rechts. Egal ob neu oder alt.

Christian Albrecht

Schnelle Hilfe für AsylbewerberInnen

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen Euch!

Zur Zeit sind Flüchtlinge in der Feuerwache See untergebracht. Steffen Bockhahn engagiert sich als unser Senator sehr stark für neue, geeignete Unterbringungsmöglichkeiten. Wir möchten ihn unterstützen und vor allem möchten wir den Menschen helfen. Als Mitglieder im Ausschuss „Gesundheit und Soziales“ der Bürgerschaft haben wir, Margit Glasow und Jutta Reinders, uns Gedanken über kurzfristige, unkomplizierte Hilfe gemacht: Als ersten Schritt führen wir mit Akteuren im Stadtgebiet Gespräche über dieses Thema, um schnell zu agieren. Wir wollen gemeinsam mit der Sozialarbeiterin vor Ort überlegen, wie wir den AsylbewerberInnen Angebote verschiedener Art machen können, um ihnen den Tag zu gestalten und ihr Leben erträglicher zu machen.

Wir haben viele Ideen. Zum Beispiel:

- Ausflüge in die Umgebung,
- sportliche Aktivitäten
- Musiknachmittag mit Kaffee und Kuchen
- kreativer Nachmittag (basteln und malen)
- gemeinsames kochen

- gemeinsames Frühstück mit vorbereitetem Essen
- Gestaltung des Aufenthaltsraumes zum Osterfest

Wir wünschen uns, dass durch Angebote unterschiedlichster Art die AsylbewerberInnen wieder ein Lebensgefühl erhalten. Darüber hinaus suchen wir Fahrräder, die nicht mehr gebraucht werden und abgegeben werden können. Da die Unterbringung in Groß Klein sehr abgeschieden ist, möchten sie den dort untergekommenen Menschen zu mehr Mobilität verhelfen. Wer also den eigenen Drahtesel spenden kann, meldet sich bitte!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen Eure Unterstützung! Wir freuen uns sehr, wenn Ihr uns mitteilen würdet, wie Ihr Hilfe einbringen könnt.

Liebe Grüße Margit und Jutta

Kontakt: Jutta Reinders, j.reinders@yahoo.de, oder in der Geschäftsstelle anrufen: 038 1-49200 10

LYRIK

Pressefreiheit zum Trotz
(von Jürgen Riedel)

Hypnose alle Nase lang
Trotz Kapitalismus Demokratie
Trotz Kapitalismus Demokratie
Leitmedien weißeln meist
Schmalspurbotschaft
In die Hirne breiter Bevölkerung
Mein Gedicht gegen lallende Dummheit
Trotz leitmedialem Einlullen

Politfrühling stellenweise
(von Jürgen Riedel)

Links blüht er krokusbunt
Scheindemokratisch kraterkahl
Parteienlandschaft sonst
Dauerfrost-Heimat
Von Wirtschaftsdictatoren



Erinnerungen waak hollen



II.

Nah Militärdolmetscher Immanuel Lewin (s.l.), betrachten wi nu mal de letzten Kriegsdaach von Greifswald ut düütsche Sicht: De Memoiren von Oberst Petershagen, de hei unner denn Titel: „Gewissen in Aufruhr“ as Ritterkrützdräger mit de Erfohrung von Stalingrad schräwen hett, sünd ok besonnens mit einen DEFA-Film bekannt worn. Weniger dat Bauk „Entscheidung für Greifswald“, von Angelika Petershagen, de Fru von Rudolf Petershagen. Se wier Mitwisslerin von denn Plan, Greifswald kampflös tau oewergäwen, un dormit ok „mitschuldig“ an ´n Bruch det *Treueeids up Hitler*.

Ick bring hier nu einen Uttoch ut ehr bemerkenswert Bauk, wo se oewer einen sowjetischen Offizier bericht´, denn Oberst Petershagen ut ein Kriegsgefangenenlager halen löt, üm siene Parlamentäre bi de Oewergaw-Verhandlungen tau unnerstüthen:

>> *Es war Abend geworden am Sonntag, dem 29. April 1945. Kurz vor zwanzig Uhr wurde der sowjetische Dolmetscher zu uns gebracht. Der Kriegsgefangene berichtete, dass unter den Lagerältesten, die ins Vertrauen gezogen wurden, zunächst Zweifel an der Aufrichtigkeit des Kommandanten (R. Petershagen) geherrscht hätten, so ungeheuerlich erschien ihnen dieser Plan. - ... Der Parlamentärwagen sollte von Professor Katschs Villa aus abfahren. Bis dahin blieb noch Zeit. In unserer Wohnung konnte der Dolmetscher nicht warten, das war zu gefährlich. Also brachte ich ihn in den Keller und Wein, Keks und Zigaretten für die Wartezeit. Ich habe in diesen gefährlichen Tagen nie solche Angst verspürt wie auf dem kurzen Weg mit dem sowjetischen Offizier in sein Versteck. Kam zufällig ein Nazi ins Haus, war alles verloren. Aber wir hatten Glück, niemand sah uns. - Es war eine*

kalte, sternklare Nacht. Der Feuerschein von Anklam wurde schwächer, die Stadt lag in Trümmern. Sollte Greifswald dieses Schicksal erspart bleiben, mussten die Parlamentäre abfahren. In der Dunkelheit hatte ich ungefährdet den Dolmetscher aus seinem Versteck geholt. Die Scheinwerfer der beiden Autos warfen nur ein schmales bläuliches Licht. Greifswald war in tiefe Finsternis gehüllt. Seine Bewohner schienen friedlich zu schlafen, doch die meisten saßen angsterfüllt in den Kellern. ... Die Parlamentäre stiegen ein: Dr. Wurmbach, Professor Engel, Professor Katsch, Herr Mattusow und Herr Cieslick, den Professor Katsch noch zusätzlich als Dolmetscher gewonnen hatte. Die Möglichkeiten, diese Fahrt erfolglos, wenn nicht sogar tragisch enden zu lassen, waren vielfältig. Wir rechneten mit stillen, qualvollen Stunden in Erwartung des Anrufs. - Zu unserem Entsetzen hörten wir nach Mitternacht eine Kirchenglocke läuten. Peter stürzte ans Telefon, er hatte befohlen, die Kirchen abzuschließen. Das Läuten sämtlicher Glocken hätte den Beginn der Aktion „Verbrannte Erde“ bedeutet. Aber schon diese wenigen Schläge hatten genügt, wahnwitzige SA-Leute in Bewegung zu setzen, um getreu dem „Führerbefehl“ alle Warenvorräte zu vernichten, Versorgungseinrichtungen und Brücken zu sprengen. Ein Anruf von verzweifelten Geschäftsleuten und Betriebsleitern folgte nun dem anderen. Zwölf Jahre Gewöhnung an den „Führerethos“, den unbedingten Gehorsam, machte es ihnen schwer, die Bedeutung von Petershagens Gegenbefehl zu erfassen. - „Zum Donnerwetter, begreifen Sie endlich! Hier befehle ich und nicht der Führer! Ich lasse jeden bei der geringsten Zerstörung erschießen!“ schrie Peter in den Apparat. - ... Der Morgen graute, da hörte ich Schritte auf der Treppe. Oberst Wurmbach, gefolgt vom Dolmetscher, stürzte herein, umarmte Petershagen und schämte sich seiner Freudentränen nicht.

„Es ist geschafft! Die sowjetischen Offiziere benahmen sich sehr anständig, hier sind die Bedingungen“, stieß er atemlos hervor. ...<<

*

An ´n 19. März 1944 unnersteikente Hitler denn verbräkerischen un irrsinigen „Nerobefehl“ gegen dat eigene Volk, nah dem de Taktik „Verbrannte Erde“ nu ok up dat Reichsgebiet Anwendung finnen süll. - „Verbrannte Erde! Wat dat bedühen deed, har ein Leitartikel det „Völkischen Beobachter“ von ´n 7. September 1944 nahdrücklich formuliert: „Kein deutscher

Halm soll den Feind nähren, kein deutscher Mund ihnen Auskunft geben, keine deutsche Hand ihnen Hilfe bieten. Jeder Steg soll er zerstört, jede Straße gesperrt vorfinden, nichts als Tod, Vernichtung und Hass wird ihm entgegentreten.“

Disse in de Sowjetunion siet langen praktizierten Wehrmachtsverbräken spürte nu de düütsche Bevölkerung an ´eigen Liew, besonders ok in Pommern un Meckelnborg:

As an 30. April 1945 Bataillonskommandeur Semjon Michailowitsch Dmitrewski mit 21 Panzer T34 an de Spitz von de II.Belorussische Armee nah Rostock stürmte, mössten se ok an Niebrannenborg vörbi. De Stadt brennte dunn all lichterloh, ahn dat se bombardiert oer beschaten worden wier. De Nazis harn ok hier all Hitlers „Nerobefehl“ utführt.

Bi Tessin geef dat noch mal de Nacht oewer ein Paus, bevör dat Bataillon an frühen Morgenstun von ´n 1. Mai, tau ´n Sturm up Rostock ansetten deed. De Panzer rullten nu up denn Möhlendam tau, in denn – wat Dmitrewski nicht ahnte – grad ein T34-Spähpanzer mit de Brög inne Luft sprengt wür.

Plötzlich stün ´dor an ´n „Witten Krütz“ ein Zivilist - de Arm hoch un Teiken, üm wat tau seggen. Dmitrewski löt stoppen, üm to hören wat de Mann wull. De bericht, dat de Möhlendambrög all sprengt wier un dor Pak in Stellung luerte. De Panzer rullten nu oewer denn „Verbindungsweg“ tau ´n „Petri-Damm“ oewer de „Petri-Brög“ un „Warnow“ ahn Scheiten in de Stadt rin. Ein Werftarbeiter, de dat von Bomben un Füersbrunst all stark beschädigte Rostock nich noch mihr kaputt maken laten wull, har de Brögsprengung verhinnert. Dat wier de Arbeiter Karl Lübbe, bi denn sik Dmitrewski ierst an ´n 1.Mai 1970 - also 25 Jahr späder - up denn Rostocker Thälmannplatz bedanken künn. -

Ick heff mi in Rostock as ok in Moskau öfter mit Semjon drapen. He hett mi wat oewer siene Erinnerungen, de em sien Läben lang begleitet hem schräwen. So u.a. dat folgende:

„Oft erinnere ich mich an jenen Deutschen, der uns am 1. Mai einen anderen Weg nach Rostock gewiesen hat und es gehen mir Gedanken durch den Kopf, wie ich sie in jenem Augenblick vielleicht hatte: ‚Deutscher, wer bist du? Woher kommt dein Mut unseren Panzern entgegenzutreten? Was treibt dich uns zu warnen? Kann ich dir glauben? Bist du ein Antifaschist, einer von denen die endlich aufgewacht sind, nicht mehr kämp-

Erinnerungen waak hollen - Fortsetzung

fen und Schluss mit dem Krieg machen wollen? – Oder bist du ein Faschist, der uns in eine Falle locken will? – Heute würde ich mich gerne bei diesen, meinem unbekanntem Lebensretter und vieler meiner Soldaten, bedanken. Leider war es noch nicht möglich, aber ich habe viele Rostocker bei denen ich es gerne tue!“

Tauetzt hemm wi Semjon 1995 drapen, as Rostocks Oberbürgermeister tau´n Gedenken an denn „50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus“ inlادت har. Semjon besöchte mi ok tohus mit sien Fru Nadja, de denn Krieg as Lazarettschwester beläwt har, un hett ok wat in mien „Familienchronik“ schräwen:

„Liebe Ilse, lieber Kurt, schon über 30 Jahren sind wir Freunde. Unsere Freundschaft wurde mehrmals durch Zeit und Leben geprüft. Wir lieben Euch und freuen uns über jeden Brief und über jedes Treffen mit Euch. Am Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus, zum 50. Jubiläum, wünschen wir Euch alles Gute und glauben daran, dass wir auch das 60. Jubiläum (min-

destens) zusammen feiern werden. Eure Nadja und Semjon Dmitrewskije.“

Väle Rostocker sünd bät taun Unnergang von de DDR Mitglied in de Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wäst. Nich weil se, as dat hüt oft heit, dortau twungen würn, sonnern weil se von de Richtigkeit oewertügt wiern un disse Fründschaft as Frädensgarant anseihn hemm. In ´n Gedenken an Rostocks Befreiung an ´n 1. Mai 1945 beschlöt 1974 de Stadtverordnetenversammlung, dat de „Tessiner Straße“ taukünftig „Straße der Befreiung“ heiten süll. Dat hett de gröttste Deil Rostocker begrötet un kann denn oewer nich verstahn, worüm mit denn Unnergang von de DDR de Straat ehren Gedenknamen werrer verlieren möst.

Uns Befreiung vör 70 Jahr is doch Geschicht´, de man nich einfach so utlöschen kann!

True Frün Russlands wiern in swore Tieden nah Uplösung von de Sowjetunion, mit russische, ukrainische un anner Sowjetvölker solidaridarisch. Se hemm ok

Semjon Dmitrewski un sien Familie unnerstützt, woför ehr Dank gebührt.

An ´n 8. Mai, denn „70. Jahrestag der Befreiung“, warden wi allen Oppern von dat minschenverachtende System nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gedenken: Dorunner besonnern de söss Millionen Juden, de in düütsche KZ ermordet worden sünd;

All jene, de in ´n Krieg liden mösten, insbesonnere de välen Börger ut de Sowjetunion un Polen, de ehr Läben verloren hemm.

Dankbor gedenken warn wi de Kämpfer ut de Rode Armee, dorunner Semjon und Nadja Dmitrewskije, de gegen denn Faschismus ehr Läben insett hemm. Wi wollen uns an dat wat geschehn is ümmer erinnern un dat nich vergäten! Jüngere un Öllere möten un könn´ sik gegensiedig helpen tau verstahn, worüm dat läbenswichtig is, de Erinnerung waak tau hollen.

Kurt Kaiser

Alles Gute und Herzliche zum Frauentag! Liebe Frauen, bereits am Freitag dem 6. März haben wir mit einigen von Euch den Frauentag gefeiert (siehe Foto). Da ihr immer engagiert und unermüdlich für die gute Sache kämpft, war uns wichtig, dass ihr an diesem Tag im Mittelpunkt steht. Danke für Eure Kraft, danke für Euren Einsatz! Mit herzlichen Grüßen, Euer Kreisvorstand

Statistisch gesehen haben Frauen im Vergleich zu Männern vom 1. Januar bis zum 20. März umsonst gearbeitet. DIE LINKE symbolisierte dies am Equal Pay Day mit einem Wettlauf zwischen Frau und Mann, welche Hindernisse der Lohngerechtigkeit im Wege stehen. Helmut Holter absolvierte den Lauf mit Eva-Maria Kröger. „Frauen wählen häufig Berufe, die leider weniger gut bezahlt sind. Sie arbeiten in Teilzeit, kümmern sich um die Familie, pflegen Angehörige und besetzen seltener Führungspositionen. Deshalb verdienen Frauen noch immer durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer“, erklärte Eva-Maria Kröger. (Zu den Fotos: Der Mann erhält seine Lohnerhöhung, die Frau kümmert sich noch immer um das Kind. / Am Ende erreichen beide die Rente, doch aufgrund von Teilzeitbeschäftigung und Pflege Angehöriger fällt die Rente der Frau niedriger aus.)



Wahlkreistag von Heidrun Bluhm

Das Besuchsprogramm des Wahlkreistages am 12. März 2015 führte MdB Heidrun Bluhm schon sehr früh nach Bad Doberan. Sie übergab für ein Tanzfest anlässlich des 20. Jahrestages des Landesverbandes Seniorentanz M-V an deren stellvertretende Landesvorsitzende, Frau Karin Fourmont, eine Spende in Höhe von 300 Euro. Im Rahmen ihrer Wahlkreisbereisung weilte MdB Heidrun Bluhm anschließend in den Gemeinden Sanitz und Dummerstorf. Sie nutzte die Gelegenheit, um sich vor Ort über gute Beispiele, aber vor allem über auftretende Probleme der Flüchtlingsaufnahme zu informieren.



Im Dorfgemeinschaftshaus in Groß Lüsewitz, einem Ortsteil der Gemeinde Sanitz, wurde Frau Bluhm von Barbara Kirchhainer, Gerd Gurol und Peter Möller vom Netzwerk „Neue Nachbarn“ sowie von sieben Flüchtlingen verschiedener Nationalitäten begrüßt. Dieses Netzwerk wurde gegründet, um in Groß Lüsewitz untergebrachten Asylbewerbern die Integration erheblich zu erleichtern. Im Netzwerk arbeiten zurzeit ca. 15 Einwohnerinnen und Einwohner ehrenamtlich. Vom Deutschunterricht, über Behördengänge bis hin zu Kleider-



spendensammlung reicht die Palette der Aktivitäten. Probleme gibt es u.a. durch fehlende Dolmetscher bei Arztbesuchen. Die Grundschule, die Regionale Schule als Standortschule sowie der Hort stoßen an

ihre Grenzen. Nur ein Betreuer für Groß Lüsewitz, Gelbensande und Dummerstorf ist zu wenig. Die nächste Einkaufsmöglichkeit befindet sich in Sanitz. Darum bemüht sich das Netzwerk darum, für jede Flüchtlingsfamilie ein Fahrrad zu organisieren und bereit zu stellen.

Eine wichtige Erfahrung besteht darin, dass im Vorfeld der Unterbringung von Flüchtlingen nicht nur das jeweilige Unterbringungsobjekt entscheidend ist, sondern die Verhältnismäßigkeit der dazugehörenden Infrastruktur, heißt KITA, Hort, Schule, Arzt, Einkaufsmöglichkeit und Dolmetschermöglichkeiten.

Anschließend besuchte MdB Heidrun Bluhm die Kindertagesstätte „Siebenbu-



(Foto v.l.n.r. Heidrun Bluhm; Barbara Kirchhainer; Frau Luckow, Frau Kutzke)

che“ des Vereins „Auf der Tenne“ e.V. in Sanitz. Die Leiterin, Frau Luckow, sowie Frau Kutzke vom Verein informierten darüber, dass die Betreuung gruppenbezogen in 3 Krippengruppen, gruppenübergreifend in 5 Kindergartengruppen sowie in offener Arbeit im Hortbereich erfolgt. Zurzeit werden acht Flüchtlingskinder in den Klassenstufen 1-4 im Hort betreut. Sie sind „kleine Sprachwunder“ und zeichnen sich vor allem durch Selbständigkeit und Dankbarkeit aus. Auch hier fehlen den Erzieherinnen die Ansprechpart-

ner, da die Eltern die deutsche Sprache noch nicht beherrschen. Frau Welk, Schulleiterin, und Herr Lopens, Stellvertretender Schulleiter der Regionalen Schule Sanitz empfangen Frau

Bluhm am Nachmittag zum Gespräch. Als Standortschule geht das Einzugsgebiet für Flüchtlingskinder von Sanitz, über Selpin bis hin nach Dummerstorf. Das Kollegium hat sich sehr gut auf die neue Situation eingestellt. Zum Glück gab es die notwendigen personellen Voraussetzungen, ohne die die Anforderungen nicht erfüllt werden könnten. Dazu gehören Sprachen, fachliche Voraussetzungen, aber auch der Wille und das Engagement. Jetzt stößt man in der Schule an das Problem der eingeschränkten Raumsituation.

Frau Welk wünscht sich vor allem rechtzeitige Informationen nicht nur über die Anzahl der Flüchtlingskinder, sondern über die Nationalitäten und den Bildungsstand.

Sie brauchen mehr Lehrstunden und eine Verbesserung der räumlichen Situation. Auch in diesem Gespräch wurde angemerkt, dass in allen Einrichtungen der Flüchtlingsbetreuung die Sprachmittler fehlen, weil z.B. die Reisekosten nicht übernommen werden.

Den Abschluss des Wahlkreistages bildete das Gespräch mit Angelika Blümecke, Leiterin des Mehrgenerationenhauses und Koordinatorin des Helferkreises in der Gemeinde Dummerstorf. Seit dem 2. März 2015 ist Dummerstorf das Zuhause für neue Nachbarn aus Albanien, Syrien, Tschetschenien und der Ukraine. Der Helferkreis empfing die neuen Nachbarn mit Kaffee und Kuchen und übergab zur ersten Orientierung eine „Willkommensmappe“ mit den wichtigsten Informationen. Von Beginn an wurden Familienpatenschaften übernommen. Die drängendsten Probleme sind auch in Dummerstorf die sprachlichen Barrieren und der weite und komplizierte Anfahrtsweg zu Behördengängen nach Bad Doberan.

Peter Hörnig



Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Sa., 11.4.	10-15 Uhr	Konferenz zur Kinder- und Jugendpolitik	Schwerin	Pankower Str. 1-3
Di., 14.4.	18:30 Uhr	LRO-Kreisvorstand	Graal-Mür.	
Mi., 15.4.	19:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Buchvorstellung "Marxismus" mit Prof. Fülberth	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Do., 16.4.	18:00 Uhr	Ernst-Thälmann-Gedenken am Denkmal	Rostock	Thälmannstraße
Fr., 17.4.	18:00 Uhr	Vortrag zu den vietnamesisch-deutschen Beziehungen (Eckhart Reschke)	Lütten-Klein	MGH Danziger Str. 45d
Di., 21.4.	15:00 Uhr	AG Seniorenpolitik	Rostock	Geschäftsstelle
Di., 21.4.	18:00 Uhr	HRO-Kreisvorstand	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 23.4.	15:00 Uhr	Vortrag zu den vietnamesisch-deutschen Beziehungen (Eckhart Reschke)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 23.4.	16:00 Uhr	70. Jahrestag der Befreiung: Veranstaltung mit Hans Modrow	Güstrow	Großer Saal des Bürgerhauses
Do., 23.4.	20:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung/Verein Soziale Bildung: Politischer Donnerstag zum 100. Jahrestag des Genozids an den Armeniern	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
23.-26.4.		Zukunftskongress der LINKEN	Berlin	Franz-Mehring-Platz
Sa., 25.4.	9:00 Uhr	2. Tagung des 4. Kreisparteitages HRO	Rostock	Waldemarhof
Fr., 1.5.	10-13 Uhr	Maifest der Familien	Bad Dob.	Kornhaus
Fr., 1.5.	10:00 Uhr	Maiveranstaltung	Güstrow	vor dem Rathaus
Fr., 1.5.	ab 10 Uhr	Maiveranstaltung auf dem Kastanienplatz	Rostock	
Fr., 8.5.	ca. 10 Uhr	Einweihung eines neuen Gedenkortes für die Opfer des Faschismus	Rostock	Neuer Friedhof
Fr., 8.5.	17:00 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Befreiung	Rostock	Puschkinplatz
Fr., 8.5.	18:30 Uhr	Ehrendes Gedenken am Ehrenmal Bachgarten	Bad Dob.	
Fr., 8.5.	19:00 Uhr	Buchlesung zum Untergang des Sassnitzer Fischkutters "Beluga" 1999 mit Michael Schmidt	Bad Dob.	Kornhaus
Sa., 9.5.	9:30 Uhr	Ehrendes Gedenken am sowjetischen Ehrenmal in Güstrow	Güstrow	Plauer Chaussee
Sa., 9.5.	17:00 Uhr	Filmvorführung aus Anlass des 8. Mai: "Die Kraniche ziehen" (UdSSR 1957)	Rostock	Livchtspieltheater Wundervoll, Barnstorfer Weg 4
Di., 12.5.	18:30 Uhr	LRO-Kreisvorstand zusammen mit BOn Neubukow und Rerik	Neubukow	N.N.
Do., 21.5.	15:00 Uhr	"Arbeit des Kreisverbandes und Vorschau auf das Wahljahr 2016" (Dr. Carsten Penzlin)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 2.7.	15:00 Uhr	"Von Kinder- und Altersarmut und zu Fragen der Inklusion - Soziale Probleme in Rostock" (Referentin: Margit Glasow, Mitgl. d. Bürgerschaft und Vors. des Sozialausschusses)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 27.8.	14:30 Uhr	"Linke Bildungspolitik in MV" (Referentin: Simone Oldenburg, MdL)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 24.9.	15:00 Uhr	Bericht über die Arbeit des Ortsbeirates Evershagen (H. Wullekopf und R. Orthmann)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 29.10.	15:00 Uhr	"Die Rolle der Partei DIE LINKE in der Gesellschaft" (Referent: Udo Wachtl)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52

In der Terminübersicht findet Ihr Hinweise auf Veranstaltungen zum Tag der Befreiung. Es ist der 70. Jahrestag – und nicht zuletzt deshalb sollten wir als Linke dort zahlreich vertreten sein. Für die Genossen im Landkreis wird die Veranstaltung mit Hans Modrow am 23.4. von besonderem Interesse sein. Die Uhrzeit der Einweihung des neuen Gedenkortes für die Opfer des Faschismus auf dem Neuen Friedhof steht unter dem Vorbehalt der Bestätigung durch die Stadtverwaltung. In der Maiausgabe des KLARTEXT wird es genauere Infos geben – oder ruft in den Tagen vorher Eure Stadtteilsprecher oder die Geschäftsstelle an (Tel. 0381-4920010). Weitere Veranstaltungen sind in Planung. Genossin Johanna Jawinsky hat mit großem Eifer eine Broschüre über die Befreiung Rostocks und die Aufbauarbeit der ersten Wochen geschrieben. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Broschüre wird an die Rostocker KLARTEXT-Leser kostenlos verteilt. Solltet Ihr sie noch nicht bekommen haben, fragt in der Geschäftsstelle nach. Es gab vereinzelt Kritik daran, dass wir keine „große Veranstaltung“ zum 8. Mai durchführen. Ein paar offene Worte dazu: Die Organisation einer solchen Veranstaltung ist zeitaufwändig und teuer. Die Erfahrungen der vergangenen Monate/Jahre zeigen jedoch, dass dieser Aufwand selten durch die eigenen Genossen honoriert wird. Anders ausgedrückt: Die Teilnehmerzahlen ließen sehr zu wünschen übrig. Das ist dann für die Organisatoren enttäuschend und frustrierend. Auch deshalb wurde bewusst auf die Organisation einer großen Veranstaltung zum 8. Mai verzichtet. Wir konzentrieren uns stattdessen auf kleinere Maßnahmen und unterstützen vor allem die Arbeit der VVN-BdA. Wir würden uns freuen, wenn diese Bemühungen Anklang bei Euch finden!

Carsten Penzlin

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Laut (von Janina Niemann-Rich)

Wort für Wort
Liebe verstummt

Lecker hoch zwei
(von Janina Niemann-Rich)

Ein Genuss liegt
Im Genuss des Genießens

Tot (von Janina Niemann-Rich)

Leben
Ist kein Probelauf

Meine (von Janina Niemann-Rich)

Realitätszuckerwatte
Aus Kinderwolkenraum



Mietpreisbremse?

Die SPD brachte in der Rostocker Bürgerschaft das Problem steigender Wohnungsmieten auf die Tagesordnung - allerdings in keiner geeigneten Form, wie der Bürgerschaftsabgeordnete Sandro Smolka in seinem Redebeitrag am 25.3. deutlich machte. Hier seine Rede:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Hansestadt Rostock ist von den seit Jahren währenden Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt nicht ausgenommen. Immer mehr Menschen können sich beliebte Wohngegenden in der Innenstadt sowie in der KTV nicht mehr leisten oder müssen Preissteigerungen von 10 Prozent aufwärts bei Wiedervermietungen hinnehmen. Das passt nicht zu den Löhnen bzw. zur Einkommenssituation vieler Rostockerinnen und Rostocker.

Es ist daher lobenswert, wenn die Bundesregierung mit ihrem Mietrechtsnovellierungsgesetz einen Versuch unternimmt diese Fehlentwicklungen am Markt zu beheben. Es ist vom Ansatz her gut, wenn endlich das Bestellerprinzip bei Maklervermietungen herrscht und es ist auch gut, wenn Neuvermietungen sich an klaren Parametern orientieren, um exorbitante Preissteigerungen zu verhindern.

Das Gesetz schürt Hoffnungen bei den Betroffenen, bleibt aber wegen seiner vielen Ausnahmen und Bedingungen bei den an ihn gesetzten Erwartungen zurück. So hat man die Verantwortung für die Umsetzung wie bereits bei der letzten Novellierung an die Länder ausgelagert, um keine bundeseinheitliche Regelung schaffen zu müssen.

Wie die schwarz-rote Landesregierung mit diesem Gesetz umgehen wird, lässt sich an der letzten Novellierung ablesen. Die Koalitionsfraktionen aus CDU und SPD haben bei den Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen und meiner Partei keinen Handlungsdruck gesehen und diese abgelehnt. Nun zum vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion: Sie wollen mit ihrem Antrag die Absenkung der Kappungsgrenze von 20 auf 15% durch eine Rechtsverordnung des zuständigen Ministeriums vornehmen lassen. Diese Möglichkeit besteht seit Mai 2013 und erfährt seitdem durch die Lan-

desregierung keine Anwendung, obwohl seitens des Bauministeriums eine Prüfung angekündigt wurde, die bis heute nicht stattgefunden hat und einen Willen zur Umsetzung nicht erkennen lässt.

Die gleiche Vorgehensweise wollen sie nun mit dem Mietrechtsnovellierungsgesetz einschlagen. Hier werden wir seitens des Landes die bereits geübte Strategie des Aussitzens erfahren, auch weil es für die Festsetzung von Indikatoren für einen angespannten Wohnungsmarkt zuständig wäre.

Ihr Antrag hat mit der Rostocker Bürgerschaft den falschen Adressaten. Wir brauchen endlich Bewegung innerhalb der Landesregierung bei diesem Thema. Immer noch fehlt es an einer Kopplung von Mietpreisbremse und Maßnahmen

zur effektiven Behebung des Wohnraummangels

Deshalb möchte ich Ihnen ein paar Beispiele nennen, wie wir als kommunale Vertretung im Zusammenspiel mit der Verwaltung effektiv Mietpreisanstiege begrenzen können.

Lassen sie uns dafür sorgen, dass es bei Neubauprojekten wie in Hamburg einen Drittelmix bei den Mieten gibt mit niedrigen Mieten im Erdgeschoss und höheren Mieten

in den obersten Etagen.

Wir brauchen dafür endlich vom Land ein soziales Wohnungsbauprogramm bis 2019, wo wir solche Vorgaben in Zusammenarbeit mit dem Land machen können. Ebenso müssen wir eine Debatte anstoßen, in wie weit wir die WIRO stärken, so dass sie nicht zur Erhöhung der Kaltmieten gezwungen ist.

Wir brauchen auch eine Beschleunigung bei den Baugenehmigungen und eine gesamtstädtische Entwicklung, um Druck aus den begehrten Vierteln nehmen zu können.

Alles das sind Instrumente, mit denen wir als Kommune Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen können. Ihr Antrag, meine Damen und Herren der SPD ist lobenswert, gehört aber nicht in die Bürgerschaft, sondern in den Landtag und bekäme dort sicherlich auch von Der Linken Unterstützung.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Sandro Smolka



Gewinner: Hindenburg bleibt Ehrenbürger Berlins. Die SPD lehnte den Antrag der Linken auf Aberkennung aus formalen Gründen ab, die CDU verteidigte Hindenburg als Antifaschisten.

Verlierer: Leiharbeiter verdienen in Mecklenburg-Vorpommern rund 30 Prozent weniger als Festangestellte. Lag der Monatsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten Ende 2013 im Mittel bei 2.138 Euro, waren es bei ebenfalls vollzeitbeschäftigten Leiharbeitern nur 1.474 Euro. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken im Landtag hervor.

Monatszitate

„Es gibt 30 Millionen sowjetische Kriegsoffer. Diese am 70. Jahrestag des Tages der Befreiung nicht zu ehren, finde ich respektlos und geschichtsvergessen, Frau Bundeskanzlerin.“ Katja Kipping

Monatszähl

2013 wurde in Deutschland ein Vermögen von rund 74 Milliarden Euro verschenkt oder vererbt, während nur rund fünf Milliarden Euro Erbschafts- oder Schenkungssteuer anfielen.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer berichtete in Rostock-Evershagen über Rechtsextremismus?
2. Wo fand die vergangene Landesbasis-konferenz statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.05.2015